



Aktenzeichen: 51-2/MKr/Mw

Datum: 15.04.21

Hinweis:

Beratungsfolge: Jugendhilfeausschuss

Die Jugendstrategie „JES! Jung. Eigenständig., – bundes- und landespolitische Verortung

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Der Jugendhilfeausschuss befürwortet die Bewerbung des Bereichs Familie, Jugend und Soziales für das 2-jährige Förderprogramm des Landes RLP „**JES! Eigenständige Jugendpolitik - mit PEP vor Ort**“ zur Entwicklung einer kommunalen Jugendstrategie in der Stadt Frankenthal (Pfalz).

Der Bereich Familie, Jugend und Soziales sieht in dem Förderprogramm „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“ eine passgenaue Chance für Frankenthal, gemeinsam mit jungen Menschen, mit relevanten Kooperationspartner*innen und der Politik eine kommunale Jugendstrategie nachhaltig und zukunftsfähig zu etablieren.

Die Entwicklung einer kommunalen Jugendstrategie verstehen wir ergebnisoffen, d.h., nicht als „fertiges“ Konzept, das lediglich einer Umsetzung bedarf. Ziel ist es vielmehr, einen dynamischen und partizipativen Prozess anzustoßen, der seinerseits bereits konzeptioneller Bestandteil ist – und in dessen Entwicklung der Ist-Stand der (politischen) Beteiligung junger Menschen in der Stadt Frankenthal sowie die daran anknüpfenden Prozess- und Realisierungsbausteine schrittweise zu einem Konzept zusammengeführt werden.

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Begründung:

1. Die Jugendstrategie „JES! Jung. Eigenständig.“ – bundes- und landespolitische Verortung

Die Bundesregierung hat in Ihrer Strategie zur „Extremismusprävention und Demokratieförderung“ verdeutlicht, dass sie unter Demokratieförderung Angebote, Strukturen und Verfahren versteht, die

- demokratisches Denken und Handeln stärken,
- eine demokratische politische Kultur auf Grundlage der wertebundenen Verfassung fördern und
- entsprechende Bildungsprozesse und Formen des Engagements anregen.

Die Etablierung einer in diesem Sinne eigenständigen, querschnittsorientierten und ressortübergreifenden Jugendpolitik auf allen Politikebenen (Bund, Land und Kommunen) ist aktueller denn je und bedeutet eine große Herausforderung und gemeinsame Anstrengung aller jugendpolitischen Partnerinnen und Partner.

Anknüpfend an die Strategie der Bundesregierung hat Rheinland-Pfalz über den Ministerrat eine eigenständige Jugendpolitik installiert und etabliert: Die **Jugendstrategie** „JES! Jung. Eigenständig. Stark–Dialog neue eigenständige Jugendpolitik Rheinland-Pfalz–auf dem Weg zu einem Bündnis für und mit der Jugend“ – mit den **Förderprogrammen** „PEP“ und „PEP vor Ort“.

Die Jugendstrategie JES! arbeitet mit **drei Leitzielen**:

1. Befähigung und Unterstützung der jungen Menschen zur Teilhabe in der Gesellschaft
2. Gewährleistung autonomer Gestaltungsräume
3. Gewährleistung der Mitbestimmung an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen – Stärkung der Partizipation und damit des demokratischen Gemeinwesens.

Diesen drei Leitziele sind Handlungsfelder wie z.B. ganzheitliche Bildung – Non-formale/informelle Bildung stärken, selbstbestimmten Gestaltungsspielraum für die Jugend sichern, Partizipation stärken u.a. zugeordnet.

2. „PEP vor ORT“ als Weiterentwicklung von „PEP“ auf kommunaler Ebene 2017 ff. – „PEP vor ORT in FT“

Das bundesweit einzigartige zweijährige Förderprogramm¹ „PEP - Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung von Jugendarbeit“ hat seit 2013 entscheidend dazu beigetragen die Frage zu beantworten, wie Jugendarbeit sich professionell weiterentwickeln kann und wie die Anliegen der Jugendlichen in das politische Feld eingebracht werden können.

Folgende Aktivitäten haben sich dabei als besonders bedeutsam erwiesen:

- Der Ausbau von Beteiligungsstrukturen von und für junge Menschen

¹ (Es wurden Fachkräfte der Jugendarbeit aus ganz Rheinland-Pfalz durch fünf Experten aus Kommunalwissenschaft, Kommunalpolitik, Netzwerk-Management, Politikberatung und Sozialpädagogik geschult und begleitet)

- Die Institutionalisierung von Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern mit den Fachkräften
- Selbstverpflichtungen von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, Fachkräfte in jugendpolitischen Fragen zu beteiligen
- Vertretungsrechte in fachpolitischen Gremien zu erlangen
- Jugendlichen in ihrer Selbstorganisation vor Ort zu unterstützen.

Ziel von „PEP vor Ort“ ist es, eine kommunale Jugendstrategie **vor Ort** zu entwickeln – unter Beteiligung der jungen Menschen und unter Beteiligung relevanter Kooperationspartner*innen (Lokales Bündnis für Jugend).

Die kommunale Jugendstrategie soll Ausdruck der Interessen und Bedarfe der jungen Menschen vor Ort sein, die als handlungsleitend in der Kommunalpolitik verankert und umgesetzt werden.

Dafür ist eine entsprechende Projektstruktur unter Vorsitz der Leiterin / des Leiters der Verwaltung oder seiner Stellvertretung zu etablieren.

Was gefördert wird:

- Projektlaufzeit 2 Jahre
- 20.000 Euro je Kommune an Ressourcen für die Umsetzung (Personal-, Honorar- und Sachkosten)
- Die begleitende Qualifizierung von mindestens zwei Jugendarbeitsfachkräften aus dem Jugendamtsbezirk
- Die Begleitung/Beratung der federführenden Person der Steuerungsgruppe
- eine begleitende Politikfeldanalyse
- Die Entwicklung und Umsetzung von jugendpolitischen Vorhaben unter Beteiligung der jungen Einwohnerinnen und Einwohner.

Förderbedingungen:

- Die Programmleitziele werden anerkannt und bei der Entwicklung einer kommunalen Jugendstrategie umgesetzt.
- Im Rahmen der Projektlaufzeit wird ein Beschluss des Jugendhilfeausschusses zur kommunalen Jugendstrategie erwartet. Dieser Beschluss sollte durch einen Ratsbeschluss unterstützt werden.
- Für die benannte Qualifizierung und Begleitung der zwei Jugendarbeitsfachkräfte sind die entsprechenden zeitlichen Freiräume zu gewährleisten.
- Im Förderzeitraum ist mind. eine jugendpolitische Veranstaltung vor Ort durchzuführen.
- Teilnahme an einer Zwischenbilanz- und einer Abschlusstagung.
- Der Zuwendungsempfänger verpflichtet sich, in geeigneter Art und Weise Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und dabei auf die Landesförderung hinzuweisen sowie eine Abschlussdokumentation zu den Erfahrungen und Ergebnissen aus der Entwicklung/Umsetzung der kommunalen Jugendstrategie zu erstellen.
- Bereitschaft, für Kommunen, die künftig eine kommunale Jugendstrategie entwickeln, beratend zu wirken.

3. Rechtlicher und wissenschaftspolitischer Hintergrund

Mit den bundes- und landespolitischen Strategien sollen die jungen Menschen vor allem mit ihren Potenzialen und ihrer Suche nach ihrem Platz in der Gesellschaft gesehen, anerkannt und wertgeschätzt werden.

Hier findet sich ein erster unmittelbarer Anknüpfungspunkt im **§ 1 SGB VIII** Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), wonach „jeder junge Mensch ein **Recht** auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit hat“.

Zudem stellt der **16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung** „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ aktuell die Notwendigkeit der Förderung der demokratischen Bildung in den Vordergrund. So haben insbesondere auch Jugendverbände, Initiativen und Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) sowie aufsuchende Jugendsozialarbeit einen großen Anteil an politischer Bildung.

Der **2. Kinder- und Jugendbericht in Rheinland-Pfalz** „Respekt! Räume! Ressourcen!“ (2015) ist ebenfalls wegweisend, indem er aufzeigt, dass die

- Befähigung und Unterstützung zur Teilhabe junger Menschen in der Gesellschaft, die
- Gewährleistung autonomer Gestaltungsräume sowie die
- Gewährleistung der Mitbestimmung an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen – Stärkung und Partizipation und damit des demokratischen Gemeinwesens – zur Erreichung der Leitziele von Jes! notwendig sind.

Im Mittelpunkt stehen die Interessen, Wünsche und Bedarfe der Jugendlichen selbst und nicht die Lösung gesellschaftlicher, sozialer und politischer Probleme. Daraus leitet sich die Forderung ab, politische Bildung als Daueraufgabe anzuerkennen.

Nicht zuletzt verweist die **18. Shell-Jugendstudie** „Jugend 2019: Eine Generation meldet sich zu Wort“ auf „Spaltung von Jugend“. Eine deutlich höhere Affinität zum Populismus, ggfs. bis hin zum Extremismus, kann laut Shell-Studie somit bei jungen Menschen auftreten, die sich in prekären Lebenslagen befinden: Populistisch gefärbten Aussagen würden ca. ein Drittel der Jugendlichen zustimmen, die den Populismus-Geneigten und Nationalpopulisten zugeordnet werden können. In der Studie werden ihre Einstellungen mit einem „generellen Benachteiligungsempfinden“ in Zusammenhang gebracht².

Es gibt auch Befunde, nach denen mehr als drei Viertel der 12- bis 25-Jährigen angeben, mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, zufrieden zu sein, gleichzeitig begegnen junge Menschen Politiker*innen sowie Parteien eher mit Skepsis. Nach wie vor engagieren sich viele junge Menschen ehrenamtlich für die Gesellschaft, sie tendieren dabei verstärkt zu kurzfristigem Engagement mit einem konkreten Lebensweltbezug. Zugleich teilen junge Menschen das Grundgefühl, nicht ausreichend gehört und beteiligt zu werden, wie es z.B. auch in der Corona-pandemie sichtbar und von vielen Kindern und Jugendlichen geäußert wurde³.

4. JES! und „PEP vor ORT“ als Mehrwert für FT

² Shell Jugendstudie- Zusammenfassung, https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/_jcr_content/par/toptasks.stream/1570708341213/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf

Politische Bildung und Jugendsozialarbeit gemeinsam für Demokratie: Neue Wege der Primärprävention (non-formale politische Bildung, „Demokratiebildung als Prävention, Schad-Heim und Kläsener, 2020, S. 136

³ Bertelsmann Stiftung 2021 „Jugendliche fühlen sich durch Corona stark belastet und zu wenig gehört“ Politik für, mit und von Jugendlichen. Die Jugendstrategie der Bundesregierung S.12, 2019 2. Auflage

Die og. Erkenntnisse zur politischen Teilhabe von jungen Menschen sind tendenziell auch in der sozialen Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen innerhalb von Frankenthal wahrnehmbar.

In der Stadt Frankenthal gibt es ein breites Spektrum an Kinder- und Jugendarbeit, von offener Kinder- und Jugendtreffarbeit, über Jugendsozialarbeit, die Jugendberufsagentur/Jugendberufshilfe sowie Schulsozialarbeit. Zudem wurde im Jahr 2005 über den damaligen Oberbürgermeister Theo Wieder die Satzung für den Jugendbeirat der Stadt Frankenthal verabschiedet.

Die **konzeptionelle Herausforderung** besteht nun darin – partizipativ/gemeinsam mit den jungen Menschen und relevanten Kooperationspartner*innen – die Frankenthaler Strukturen zu prüfen, Stärken und Schwächen aufzuzeigen und auf dieser Basis bedarfs- und zukunftsgerecht weiter zu entwickeln.

Durch diese Mitbestimmung rücken die jungen Menschen wieder mehr in die demokratische Gesellschaft, die sie mitgestalten, verteidigen, weiterentwickeln und Selbstwirksamkeit erfahren können. Eine partizipative Sozialisation in der formalen, non-formalen und informellen Lebenswelt ist dabei unablässig und kann durch dieses Förderprogramm fachlich fundiert entwickelt und Partizipationsstrukturen aufeinander abgestimmt werden. Im Vordergrund steht der demokratische Kompetenzerwerb und die demokratische Haltung, um selbstbewusst eine eigene ideologische Konzeptbildung zu entwickeln und – im gesellschaftlichen und politischen Kontext – streitbar und kompromissfähig eine gemeinsame gesellschaftliche Zukunft in Frankenthal zu diskutieren und zu entwickeln.

Der Mehrwert des Förderprogramms „PEP vor ORT“ – und insbesondere die Stärkung der Partizipation von jungen Menschen und relevanten Kooperationspartner*innen – ist vor dem Hintergrund der og. Darstellung für die Kinder- und Jugendarbeit in Frankenthal unmittelbar evident.

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)
In Vertretung

Leidig
Beigeordneter